

Flüchtlinge in Deutschland

Rechtsfragen und Antworten von A-Z

Bearbeitet von
Dr. Alfred Scheidler

Loseblattwerk mit Aktualisierungen 2016. Loseblatt. 800 S. Im Ordner
ISBN 978 3 556 07030 7

Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Ausländerrecht, Asyl,
Staatsangehörigkeit

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Flüchtlinge in Deutschland

Auszug aus dem Lexikon:

Stichwortverzeichnis:

Flüchtlinge in Deutschland Stand: April 2016	
Hinweis: Die kursiv gedruckten Stichwörter enthalten (noch) keinen eigenen Text. Sie verweisen lediglich auf andere Stichwörter.	
Kz. 20.01 A	Bearbeiter
Abschiebungshaft	Ebert
Abweichungen vom Bauplanungsrecht	Scheidler
AFIS	Ebert
Aggression	Dreist
Al-Kuds-Tag	Ebert
Aleviten	Ebert
Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung	Müller
Amtshilfe durch die Bundeswehr	Dreist
Amtshilfe durch Kommunen	Bätge
Amtshilfe zwischen Polizeidienststellen	Dreist
Amtssprache	Ebert
Analphabeten	Ebert
Anhörung der Gemeinde	Scheidler
<i>Ansteckungsverdächtige</i>	Ebert
Antisemitismus	Ebert
Arbeitsmigration (Statistik)	Müller
Armut	Ebert
Armutsgefährdung	Ebert
Aufenthaltsgesetz	Dreist
Ausnahme vom Bebauungsplan	Scheidler
Ausweismissbrauch	Ebert
Außenbereich	Scheidler
Kz. 20.02 B	
BauGB-Flüchtlingsnovelle 2014	Scheidler
BauGB-Flüchtlingsnovelle 2015	Scheidler
Bauleitplanung	Scheidler
Bedrängnisse	Ebert
Befreiung vom Bebauungsplan	Scheidler

Behelfsunterkunft	Scheidler
Beschäftigung von Flüchtlingen und Asylberechtigten	Bätge
Beschneidung	Ebert
Bestandsschutz	Scheidler
Betteln	Ebert
Bewaffnete Gruppe	Ebert
Binnengrenzfehndung	Ebert
Blutrache	Ebert
Bombendrohung	Ebert
Brand	Ebert
Bundesfreiwilligendienst	Ebert
Bundesgrenze	Ebert
Bundespolizei	Ebert
Burka	Ebert
Kz. 20.03 C und D	
Caliphettes	Ebert
Christenverfolgung	Ebert
Counter Terrorist Group	Ebert
Dabiq	Ebert
Daseinsvorsorge	Ebert
"Die Freiheit"	Ebert
Djihad	Ebert
Dolmetscher	Ebert
<i>Doppelehe</i>	Ebert
Kz. 20.04 E	
Echte Falsche	Ebert
Ehrenmord	Ebert
Ehrgewalt	Ebert
Eigenbedarfskündigung	Wagner
Einvernehmen, gemeindliches	Scheidler
Einvernehmensfiktion	Scheidler
Emigration	Dreist
Energieeinsparverordnung	Scheidler
Entschädigung der Gemeinde	Scheidler
Ernährung	Ebert
<i>EURODAC</i>	Ebert
Extremistische Übergriffe	Ebert
	Ebert

Kz. 20.05 F	
Fachanwalt für Migrationsrecht	Wagner
<i>Fahrerlaubnisprüfung (Identitätsnachweis)</i>	Rebler
Flüchtling	Dreist
Flüchtlingsausweis	Ebert
Flüchtlingsrat	Ebert
Forschungsgesellschaft für Flucht und Migration	Ebert
Frauenberatungsstellen	Dreist
Frauenhäuser	Dreist
Frauennotrufe	Dreist
FRONTEX	Ebert
Fundamentalismus	Ebert
Kz. 20.06 G	
Gedenktag für Flucht und Vertreibung	Ebert
Gefahrenrisiko	Ebert
Genfer Flüchtlingskonvention	Dreist
Gerichtssprache	Ebert
German Defense League	Ebert
<i>Gesundheit</i>	Ebert
Gesundheitsvorsorge	Ebert
Gewalt	Ebert
Gewerbegebiet	Scheidler
Gleichheit (Mann und Frau)	Ebert
Grenzregime	Ebert
Kz. 20.07 H	
Hantaviren	Ebert
Häusliche Gewalt	Ebert
Hausordnung in Flüchtlingsunterkünften	Bätge
Hausrecht	Dreist
Herkunftsländer	Scheidler
Hilflose Personen	Ebert
Hogesa	Ebert
Homegrown-terrorist	Ebert
<i>Humanitäres Völkerrecht</i>	Ebert
Hygieneplan in Flüchtlingsunterkünften	Bätge
Kz. 20.08 I und J	

Identitäre Generation	Ebert
Identitätsnachweis (Erwerb einer Fahrerlaubnis)	Rebler
Imam	Ebert
Immigration	Dreist
Industriegebiet	Scheidler
Infektionsschutz	Ebert
Internationale Organisation für Migration	Ebert
Internationaler Strafgerichtshof	Dreist
Islamismus	Ebert
Jesiden	Ebert
Kz. 20.09 K	
Kairoer Erklärung	Ebert
Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	Ebert
Khorasan	Ebert
Kirchenasyl	Ebert
Kleidung	Ebert
Konvertiten	Ebert
Kopfläuse	Ebert
Kopftuch	Ebert
Kopten	Ebert
Krätze	Ebert
<i>Kranke</i>	Ebert
<i>Krankheitsverdächtige</i>	Ebert
Kriegsverbrechen	Dreist
Kriegsvölkerrecht	Ebert
Kriminalität	Ebert
Kurden	Ebert
Kz. 20.10 L	
Landesgrenze	Ebert
Landfriedensbruch	Simon
Lebensstandard	Ebert
Luftsicherheit	Ebert
Kz. 20.11 M	
Machos	Ebert
Mädchenhäuser	Dreist
Malaria	Ebert
Meldepflicht	Bätge
Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen	Ebert
Menschenhandel	Ebert
Menschenrechte - regional	Dreist

Menschenrechte - universell	Dreist
Migranten	Ebert
Molotow	Ebert
Kz. 20.12 N und O	
N	Ebert
Nachfolgenutzung	Scheidler
Naschid	Ebert
Naturschutzbelange	Scheidler
Neonazis	Ebert
Nichtraucherschutz	Ebert
Notfallhilfe (medizinisch)	Dreist
Notfallhilfe für unbegleitete Minderjährige	Dreist
<i>Notunterkunft</i>	Scheidler
Nutzungsänderung	Scheidler
Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche	Ebert
Kz. 20.13 P und Q	
Passbeschränkung	Ebert
Permigration	Dreist
Personalausweis	Ebert
Plünderung	Ebert
Politischer Extremismus	Ebert
Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	Ebert
Polygamie	Ebert
PRO ASYL	Ebert
<i>Quarantäne</i>	Ebert
Kz. 20.14 R	
Rechtsschutz	Weber
Rechtsstellung des Individuums	Dreist
Religionsgemeinschaft	Ebert
Rotaviren	Ebert
Rückbaugebot	Scheidler
Rückführungsstatistik	Müller
Kz. 20.15 S	
Salafismus	Ebert
Selbstmordattentat	Ebert
Sicherstellung von privatem Wohnraum	Bätge
Sklaverei	Ebert
Kz. 20.16 Sch	
Schächten	Ebert
Scharia	Ebert

Scheinehe	Ebert
<i>Schleier</i>	Ebert
<i>Schleierfahndung</i>	Ebert
Kz. 20.17 St	
Strafaufhebung	Simon
Kz. 20.18 T bis V	
Tag des Flüchtlings	Ebert
<i>Talaq</i>	Ebert
Taliban	Ebert
Tauhid	Ebert
Transmigration	Dreist
Tuberkulose	Ebert
Uiguren	Ebert
Unbegleitete Minderjährige	Ebert
Unbekannte Person	Ebert
USBV	Ebert
Veränderungssperre	Scheidler
Verbotene Vereine	Ebert
Verbrechen gegen die Menschlichkeit	Dreist
Versammlungsblockade	Ebert
Verschwindenlassen	Ebert
Verwandtenehe	Ebert
Visum	Dreist
Völkermord	Dreist
Völkerstrafrecht	Dreist
Volksverhetzung	Ebert
Vollzugshilfe	Ebert
Kz. 20.19 W	
Wahabismus	Ebert
Weltflüchtlingstag	Ebert
Wohncontainer	Scheidler
Wohnen im Sinne des Bauplanungsrechts	Scheidler
Wohnungsbrand	Ebert
Kz. 20.20 X bis Z	
Zeitehe	Ebert
Zelte	Scheidler
<i>Zoonose</i>	Ebert
Zuweisung	Bätge
Zwangsehe	Ebert

Schlagwort „Eigenbedarfskündigung“

Eigenbedarfskündigung

Es besteht grundsätzlich die Pflicht von Landkreisen, Städten und Gemeinden, Asylsuchende angemessen unterzubringen.

Um die Verpflichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen zu erfüllen, stellt sich für Landkreise, Städte und Gemeinden die Frage, ob sie als Vermieter die mit privaten Mietern geschlossenen Wohnraummietverhältnisse kündigen können.

1. Kündigungsgrund

Nach § 573 Abs. 1 Satz 1 BGB kann der Vermieter nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat.

Ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses liegt nach § 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB insbesondere vor, wenn der Vermieter die Räume als Wohnung für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige seines Haushalts benötigt.

§ 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB gibt den Landkreisen, Städten und Gemeinden gegenüber privaten Mietern kein Recht zur Kündigung, da es an einer Eigennutzung fehlt. Eine Eigennutzung ist gegeben, wenn der Vermieter selbst die Räume als Wohnung für sich benötigt.

Räumlichkeiten können jedoch von einer juristischen Person/Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht als "Wohnung" genutzt werden. (vgl. Blank in Blank/Börstinghaus, Miete, Das gesamte BGB - Mietrecht, Kommentar, 4. Auflage, § 573 BGB Rdn. 42)

Nach einer Rechtsentscheidung des BayObLG vom 21.11.1980 kann eine Kündigung jedoch dann gerechtfertigt sein, wenn der Wohnraum zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt wird.

Rechtsgrundlage für die Kündigung ist § 573 Abs. 1 Satz 1 BGB.

Die Entscheidung des BayObLG beruhte auf dem Rechtsgedanken des § 32 Mieterschutzgesetz, der in früherer Zeit regelte, dass der Kündigungsschutz keine Anwendung findet, wenn die Wohnung im Eigentum von öffentlichen Körperschaften steht und zu öffentlichen Zwecken verwendet werden soll (sog. Fiskusprivileg). (vgl. Blank in Schmidt - Futterer, § 573 BGB Rdn. 202)

Dem Rechtsgedanken ist später auch die untergerichtliche Rechtsprechung gefolgt.

So hat beispielsweise das Amtsgericht Göttingen eine Kündigung zum Zwecke der Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern als zulässig erachtet. Das Amtsgericht Göttingen sah in diesem Fall die Kündigung des Mietverhältnisses über eine der Gemeinde gehörende Mietwohnung zwecks Unterbringung von Asylbewerbern mit der Darlegung aktuellen Bedarfs für ausreichend begründet an.

(AG Göttingen, Urteil vom 19.07.1991 - 25 C 13/91; NJW 1992, 3044)

In einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 09.05.2012 wird ausgeführt, dass es seit

Langem anerkannt ist, dass ein berechtigtes Interesse an der Beendigung eines Mietverhältnisses vorliegen kann, wenn eine öffentlich-rechtliche Körperschaft (vor allem eine Gemeinde) die von ihr vermietete Wohnung zur Umsetzung von Aufgaben benötigt, an deren Erfüllung ein gewichtiges öffentliches Interesse besteht. (Vgl. BGH, Urteil vom 09.05.2012- VIII ZR 38/11, NJW 2012, 2342 m.w. Nachweisen)

Ob sich auch ein privater Vermieter auf den Kündigungsgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses berufen kann, hat der Bundesgerichtshof bisher nicht entschieden. Eine solche Konstellation könnte dann gegeben sein, wenn ein privater Vermieter ein Wohnraummietverhältnis mit der Begründung kündigt, er wolle die Räume der Kommune vermieten. Insoweit dürfte im Hinblick auf die Unterbringung von Flüchtlingen aktuell ein öffentliches Interesse bestehen. Nach einer in der Literatur vertretenen Ansicht soll die Berufung auf öffentliche Interessen aber nur möglich sein, wenn der Vermieter eine öffentlich - rechtliche Körperschaft ist, zu deren Aufgabe die Durchsetzung der mit der Kündigung verfolgten Ziele gehört. (Vgl. Blank, in Schmidt - Futterer, Mietrecht, 12.Auflage, § 573 Rdn 202 b)

2. Inhalt Kündigungsschreiben

Werden von Kommunen zugunsten eines überwiegenden öffentlichen Interesses Wohnraummietverhältnisse gekündigt, muss sich aus den Kündigungsschreiben ergeben, aufgrund welcher Umstände der Vermieter zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen befugt ist. Der Kündigungszweck muss hinreichend genau beschrieben werden. Dazu sind Ausführungen erforderlich, welchen Zwecken die Räume zugeführt werden sollen und welche Erwägungen für die beabsichtigte Nutzung maßgeblich gewesen sind. Der bloße Hinweis auf die von einem öffentlichen Organ getroffene Entscheidung genügt in der Regel nicht. (Blank, in Blank/Börstinghaus, Miete, Das gesamte BGB - Mietrecht Kommentar, 4. Auflage, § 573 Rn. 226)

3. Kündigungsfristen

Stützt die öffentlich-rechtliche Körperschaft die Kündigung auf § 573 BGB, sind die Kündigungsfristen nach § 573 c BGB zu beachten.

Für die Kündigung des Vermieters gilt zunächst § 573 c Absatz 1 Satz 1 BGB, wonach die Kündigung spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des übernächsten Monats zulässig ist.

Eine Verlängerung der Kündigungsfrist enthält § 573 c Absatz 1, Satz 2 BGB, wonach die Kündigungsfrist für den Vermieter sich nach fünf und acht Jahren seit der Überlassung des Wohnraums um jeweils drei Monate verlängert und nach dieser Vorschrift daher die Kündigungsfrist für den Vermieter bis zu neun Monaten jeweils unter Abzug dreier Werktage als Karenztage betragen kann.

Stichtag der Überlassungsdauer ist dabei der Zugang der Kündigung und nicht der Kündigungstermin. (Vgl. Hannappel, Beck'scher Online-Kommentar BGB Hrsg: Bamberger/Roth, Stand: 01.08.2015, § 573 c, Rdn 9, 11)

4. Widerspruchsmöglichkeit des Mieters

In dem Kündigungsschreiben muss der Mieter auf sein Widerspruchsrecht nach § 574 BGB

hingewiesen werden.

§ 574 BGB gibt dem von einer grundsätzlich begründeten Wohnraumkündigung betroffenen Mieter die Möglichkeit, über Härtegründe zu einer Fortsetzung des Mietverhältnisses zu kommen.

Nach § 574 Absatz 1 Satz 1 BGB kann der Mieter der Kündigung des Vermieters widersprechen und von ihm die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, wenn die Beendigung des Mietverhältnisses für den Mieter, seine Familie oder einen anderen Angehörigen seines Haushalts eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist.

Gemäß § 574 Absatz 2 BGB liegt eine Härte auch vor, wenn für den Mieter angemessener Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen nicht beschafft werden kann.

Zu Form und Frist des Widerspruchs durch den Mieter enthält § 574 b BGB Regelungen. Danach ist der Widerspruch des Mieters gegen die Kündigung schriftlich zu erklären. Auf Verlangen des Vermieters soll der Mieter über die Gründe des Widerspruchs unverzüglich Auskunft erteilen.

Der Vermieter kann die Fortsetzung des Mietverhältnisses ablehnen, wenn der Mieter ihm den Widerspruch nicht spätestens zwei Monate vor der Beendigung des Mietverhältnisses erklärt hat. Hat der Vermieter nicht rechtzeitig vor Ablauf der Widerspruchsfrist auf die Möglichkeit des Widerspruchs sowie auf dessen Form und Frist hingewiesen, so kann der Mieter den Widerspruch noch im ersten Termin des Räumungsrechtsstreits erklären.

5. Rechtsprechung

-Bayerisches Oberstes Landgericht, Rechtsentscheid in Mietsachen vom 21.11.1980 -Allg Reg 83/80-, juris

-AG Göttingen, Urteil vom 19.07.1991 - 25 C 13/91; NJW 1992,3044 (zur Kündigung zum Zwecke der Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern)

- Landgericht Kiel , Urteil vom 07. Oktober 1991 - 1 S 240/90; WuM 1992,129 (zur Kündigung zur Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen)

-AG Waldshut-Tiengen Urteil vom 04.08.1989 - 3 C 70/89; NJW 1990, 1051 (zu Nichtverlängerung eines Mietverhältnisses wegen notwendiger Unterbringung von Asylbewerbern)

Hausordnung (in Flüchtlingsunterkünften)

Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt in Zentralen Unterbringungseinrichtungen oder Notunterkünften der Länder und im Rahmen der Anschlussunterbringung im Regelfall in Gemeinschaftsunterkünften der Kommunen. Einige Bundesländer betreiben auch die Anschlussunterbringung selbst. Teilweise erfolgt die Anschlussunterbringung auch in dezentralen Formen, wie z.B. angemieteten Wohnungen.

Als Träger der Einrichtungen steht dem Land bzw. der Gemeinde das Hausrecht zu. Das Hausrecht ist das regelmäßig aus dem Eigentum oder Verfügungsgewalt folgende Recht, über den Zutritt zu einer Sache bzw. zu einem Grundstück zu entscheiden. Dazu gehört auch das Recht des Verfügungsberechtigten, von einer Örtlichkeit fremde bzw. unbefugte Personen fernzuhalten oder das Verweilen zu untersagen. Träger einer öffentlichen Einrichtung haben über ihr Eigentumsrecht hinaus aufgrund des ihnen zustehenden öffentlichen Hausrechts eigene Kompetenzen zur Abwehr von Gefahren (Ruder/Bätge, Obdachlosigkeit, S. 50).

Dieses öffentlich-rechtliche Hausrecht überlagert das sich aus dem Eigentum ergebende private Hausrecht mit der Folge, dass die durch die Funktion des Gebäudes bestimmte Person (zuständiger Landesbediensteter bzw. kommunaler Hauptverwaltungsbeamter), *im Rahmen der Widmung* der Einrichtung zu regeln hat, wer und wie die Einrichtung benutzt werden darf. Die Widmung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber folgt insbesondere aus der Aufnahme- und Unterbringungspflicht des Asylverfahrensgesetzes sowie der Flüchtlingsaufnahmegesetze der Länder. Bei den hierfür geltenden Standards sind auch verfassungsrechtliche Vorgaben, wie das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung zu berücksichtigen.

Als Ausprägung des Hausrechts und im Rahmen der Gesamtverantwortung für ein möglichst reibungsfreies Zusammenleben der Bewohner erlässt der zuständige Einrichtungsträger eine Hausordnung mit Informationen sowie Regeln für die Bewohner. Die Hausordnung enthält insbesondere Hinweise:

- Wer übt das Hausrecht aus und hat das Recht, die Wohnunterkünfte zur Kontrolle der Einrichtung und zur Überprüfung der Hygiene zu betreten?
- Wer ist berechtigt, Weisungen zu erteilen?
- Wie erfolgt der Aufnahmeprozess (Unterkunftszuweisung, Ansprechpartner, Grundausrüstung, Verantwortung für die Unterkunft etc.)?
- Regelungen zum Zimmer (Schlüssel, Reinigung, Elektrogeräte, Rauchmelder, Hygienekontrollen etc.)
- Regelungen zu den Gemeinschaftseinrichtungen inklusive Außengelände
- Essen
- Medizinische Versorgung
- Taschengeld/Sozialhilfe
- Frauen- und Männertreff
- Kinderbetreuung
- Arbeit
- Freizeitgestaltung
- Postzustellung
- Verfahrensberatung
- Katastrophenfälle

- Besucher
- Regeln (z.B. Abfälle, Rauch-, Alkohol-, Drogen-, Tierhalte und Waffenverbot, Nachtruhe etc.).

Siehe auch:

Hygieneplan in Flüchtlingsunterkünften